

Auswirkungen der 5. IVG-Revision auf die Schadenminderungspflicht

PD Dr. iur. Hardy Landolt, LL.M.
Rechtsanwalt und Lehrbeauftragter
an der Universität St. Gallen




Inhaltsübersicht

- Schadenminderungspflicht im Allgemeinen
- Auswirkungen der 5. IVG-Revision
 - Überblick über die vorgesehene Regelung
 - Kodifizierung und Verschärfung der Schadenminderungspflicht
 - Objektivierung des Erwerbsunfähigkeitsbegriffs




Schadenminderungspflicht

- Allgemeiner Rechtsgrundsatz des Personenschadenersatzrechts
 - Haftpflichtrecht (Art. 44 OR)
 - Privatversicherungsrecht (Art. 61 VVG)
 - Schadenversicherung
 - Summenversicherung (BGE 128 III 34 E. 3b)
 - Sozialversicherungsrecht (Art. 21 ATSG)




Schadenminderungspflicht

- Erscheinungsformen
 - Schadenverhütungspflicht
 - Meldepflicht
 - Anzeigepflicht
 - Ursprüngliche Anzeige
 - Nachträgliche Anzeige
 - Anmeldepflicht
 - Mitwirkungspflicht
 - Selbsteingliederungspflicht



Schadenminderungspflicht

- Adressat
 - Geschädigte/Versicherte
 - Leistungserbringer/Ärzte
 - Angehörige
 - Arbeitgeber
- Schranke
 - Subjektive Zumutbarkeit
 - Objektive Zumutbarkeit
- Mahn- und Bedenkzeitverfahren



Auswirkungen der 5. IVG-Revision

- Überblick über die vorgesehene Regelung
 - Art. 7 IVG-Entwurf
 - Abs. 1: Erwähnung der Schadenminderungspflicht (entspricht bisherigem Art. 7 Abs. 1 IVG)
 - Abs. 2: Kodifikation der Mitwirkungspflichten im Rahmen der beruflichen Eingliederung
 - Massnahmen der Frühintervention (Art. 7c IVG-Entwurf)
 - Integrationsmassnahmen zur Vorbereitung auf die berufliche Eingliederung (Art. 14a IVG-Entwurf)
 - Massnahmen beruflicher Art (Art. 15–18a IVG-Entwurf)
 - medizinische Behandlungen (Art. 25 KVG)

Auswirkungen der 5. IVG-Revision

- Überblick über die vorgesehene Regelung
 - Art. 7a IVG-Entwurf
 - Satz 1: Grundsatz der Zumutbarkeit von Eingliederungsmassnahmen
 - Satz 2: Gesundheit als einziger Grund, der Unzumutbarkeit begründen kann
 - Art. 7b IVG-Entwurf
 - Abs. 1: Grundsatz der Leistungsverweigerung nach vorgängig durchgeführtem Mahnverfahren

Auswirkungen der 5. IVG-Revision

- Überblick über die vorgesehene Regelung
 - Art. 7b IVG-Entwurf
 - Abs. 2: Ausnahmsweise Leistungsverweigerung ohne vorgängig durchgeführtes Mahnverfahren
 - Keine Anmeldung trotz Aufforderung
 - Keine Meldung veränderter Verhältnisse
 - Leistungsbetrug
 - Verweigerte Auskunft

Auswirkungen der 5. IVG-Revision

- Überblick über die vorgesehene Regelung
 - Art. 7b IVG-Entwurf
 - Abs. 3: Ausmass der Kürzung
 - Verschulden
 - Wirtschaftliche Lage
 - Abs. 4: Keine Kürzung von Taggeld und Hilflosenentschädigung (entspricht bisherigem Art. 7 Abs. 2 IVG)
 - Art. 7 Abs. 2 ATSG-Entwurf: Objektivierung des Erwerbsunfähigkeitsbegriffs

Auswirkungen der 5. IVG-Revision


- Kodifizierung und Verschärfung der Schadenminderungspflicht (Art. 7 ff. IVG-Entwurf)
 - Kodifizierung betrifft nur berufliche, nicht aber schulische Eingliederung
 - Unerwähnt werden Abklärungsmassnahmen (Art. 73 IVV) und Schadenverhütungs- bzw. Selbsteingliederungspflichten
 - Unklarheit der Zumutbarkeitsregel (nur gesundheitliche Gründe können Unzumutbarkeit begründen)
 - in beruflicher Hinsicht: Geltung für Schadenverhütungs- bzw. Selbsteingliederungspflichten?
 - in medizinischer Hinsicht: analoge Geltung von Art. 21 Abs. 4 ATSG und Art. 55 Abs. 2 UVV?

Auswirkungen der 5. IVG-Revision


- Objektivierung des Erwerbsunfähigkeitsbegriffs (Art. 7 ATSG-Entwurf)
 - Erwerbsunfähigkeit als Rentenvoraussetzung (Art. 7 und 8 ATSG)
 - Objektivierung der Erwerbsunfähigkeit bzw. des Erfordernisses des Gesundheitsschadens durch EVG
 - Somatoforme Schmerzstörung (BGE 130 V 352 E. 2.2.2)
 - Fibromyalgie (BGE 132 V 65 E. 4)
 - objektivierter Erwerbsunfähigkeitsbegriff (Art. 7 ATSG-Entwurf)
 - objektiv nicht überwindbarer Gesundheitsschaden

Auswirkungen der 5. IVG-Revision

- Objektivierung des Erwerbsunfähigkeitsbegriffs (Art. 7 ATSG-Entwurf)
 - Unklarheiten
 - in formeller Hinsicht:
 - Ausweitung der Kompetenz des RAD (Art. 59 Abs. 2 IVG-Entwurf)
 - Kriterien für die Festlegung der funktionellen Leistungseinbüsse im angestammten Beruf bzw. in den Verweisungsberufen
 - Partei- und Verfahrensrechte
 - in materieller Hinsicht:
 - Nachführung der Rechtsprechung oder Änderung des Invaliditätsbegriffs in der IV
 - Abgrenzung Erwerbsunfähigkeit (objektive Leistungseinbüsse) und Integritätseinbüsse (objektive Schwere)
 - Bestimmung der Verweisungsberufe (im Hinblick auf verschärfte Eingliederungszumutbarkeit)
 - Abschaffung des Tabellenlohnabzugs für invaliditätsfremde Faktoren

 **Fazit**

- Klares Ziel der Reform: Senkung der Neurentner um 20%
- Klare bzw. taugliche Mittel der Reform?
- Notwendigkeit der Reform in Bezug auf die Mitwirkungspflicht?
- Notwendigkeit der Reform in Bezug auf die Objektivierung der Erwerbsunfähigkeit?

 **Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit**
